

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen
Parlamentarische Dienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
gr-gc@be.ch



Bern, 22. Juni 2016

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

zu den Vorschlägen der SAK zur Änderung der Verfassung des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK) für die Gelegenheit zu ihren Vorschlägen zur Änderung der Kantonsverfassung Stellung nehmen zu können. Die SAK hat die am 18. November 2013 vom Grossen Rat vorläufig unterstützten parlamentarische Initiativen 185-2013 «Änderung der Kantonsverfassung (Stärkung Parlament)» und 186-2013 «Überprüfung von Volksvorschlag und Eventualantrag» nach unserer Auffassung eingehend beraten und einen umfassenden Bericht zu den aufgeworfenen Themengebieten erstellt. Auf dieser Basis kann die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) die Entscheide der SAK gut nachvollziehen.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Wir unterstützen, dass die SAK in den folgenden Themenbereichen, welche in den parlamentarischen Initiativen erwähnt werden, keine Änderungen vorschlägt:

- Zuständigkeit für gebundene Ausgaben
- Mitwirkung Grosser Rat bei Voranschlag sowie Aufgaben- und Finanzplan
- Mitwirkung Grosser Rat bei Desinvestitionen
- Zuständigkeit bei Ausgaben in ausserordentlichen Lagen
- Verordnungsveto

2 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN FRAGEN

Artikel 62 / 89 zur Ausgabenbefugnis

Wir unterstützen die Erhöhung der Ausgabenbefugnisse für den Regierungsrat und den Grossen Rat gemäss Vorschlag. Wir erachten die beschlossene Definition der Gebundenheit von Ausgaben immer noch als falsch. Sie hat dazu geführt, dass der Grosse Rat Kreditbeschlüsse fällen muss, welche unbestritten sind und de facto gebunden sind. Mit der neuen Bestimmung wurde im Zwei-

felsfall eher keine Gebundenheit angenommen, was zu mehr Grossratsgeschäften geführt hat. Da die Definition der Gebundenheit nicht zur Diskussion steht, muss die Ausgabenbefugnis erhöht werden, um den Grossen Rat von Kredit-Geschäften unter zwei Millionen Franken bei neuen einmaligen Ausgaben und bei neuen wiederkehrenden Ausgaben bis 400'000 Franken zu entlasten.

Artikel 83a / 92 zu den Parlamentsdiensten

Die SP Kanton Bern unterstützt auch die vorgeschlagene Änderung und Klärung der rechtlichen Situation der Parlamentsdienste. In dieser Frage gab es divergierende Rechtsgutachten, ob mit dem Grossratsgesetz auf der bisherigen Basis die Parlamentsdienste eingeführt werden können. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wird die verfassungsmässige Grundlage gelegt. Wichtig erscheint uns, dass Exekutive und Legislative gut, effizient und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die vorgeschlagene Verfassungsbestimmung soll nicht zu einer weitergehenden Aufgabentrennung von Staatskanzlei und Parlamentsdiensten führen. Die jetzt gefundene Lösung soll weitergeführt werden. Somit soll die Staatskanzlei auch in Zukunft Dienste für den Grossen Rat erbringen. Dabei ist uns auch sehr wichtig, dass der Staatsschreiber vollumfänglich an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teilnehmen und weiterhin als Bindeglied zwischen Grossen Rat und Regierungsrat amten kann. Dies trägt zum Vertrauen und gegenseitigen Verständnis bei. Die Verfahren können kurz gehalten und unnötige Briefe zwischen Grosse Rat und Regierungsrat vermieden werden.

3 WEITERE VORSCHLÄGE

Die SP Kanton Bern schlägt vor, den Namen des Volksvorschlages zu ändern. Am Instrument selber soll festgehalten werden. Im Gesetz über die Politischen Rechte hat die damalige Kommission des Grossen Rates den Namen Kraft der Verfassungsbestimmung nicht ändern können. Als Ausweg wurde im Gesetz nach „Volksvorschlag“ eine Klammer mit „Gegenvorschlag von Stimmberechtigten“ aufgenommen. Dieser Ausdruck drückt klarer aus, was der heutige Volksvorschlag eigentlich ist.

4 UMSETZUNG

Die vorgeschlagenen Änderungen sollen aus Sicht der SP Kanton Bern nach Abschluss der parlamentarischen Beratung dem Volk unterbreitet werden. Da die Ausgabenkompetenzen erhöht werden, sollen die Bestimmungen dem Volk zum Entscheid unterbreitet werden.

5 SCHLUSSBEMERKUNG

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär